



BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Britta Oertel
Carolin Kahlisch
Michaela Evers-Wölk
Christine Henseling
Roland Nolte
Jan Odenbach
Matthias Sonk

Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit

Stakeholder Panel TA

März 2018
Stakeholder Panel Report Nr. 3





Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit



Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) berät das Parlament und seine Ausschüsse seit 1990 in Fragen des technischen und gesellschaftlichen Wandels. Das TAB ist eine organisatorische Einheit des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) im Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Zur Erfüllung seiner Aufgaben kooperiert es seit September 2013 mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ, dem IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH sowie der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH.



Britta Oertel
Carolin Kahlisch
Michaela Evers-Wölk
Christine Henseling
Jan Odenbach
Dr. Roland Nolte
Matthias Sonk

Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit

Stakeholder Panel TA

Stakeholder Panel Report Nr. 3



Büro für Technikfolgen-Abschätzung
beim Deutschen Bundestag (TAB)
Neue Schönhauser Straße 10
10178 Berlin

Fon: +49 30 28491-0

Fax: +49 30 28491-119

buero@tab-beim-bundestag.de

www.tab-beim-bundestag.de

2018

ISSN-Print 2367-0215

ISSN-Internet 2367-0266



Inhalt

Zusammenfassung	7
I. Stakeholder Panel TA – Ziele und Konzept	9
II. Ergebnisse der Onlinebefragung	
»Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit«	13
1. Vorgehensweise	13
2. Beschreibung des Datensatzes	14
3. Ergebnisse der Onlinebefragung	18
Literatur	33
Anhang	35
1. Abbildungen	35
2. Fragebogen	
»Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit«	37



Zusammenfassung

Der vorliegende Report dokumentiert die Ergebnisse der Onlinebefragung »Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit«, die vom 10. September 2015 bis zum 2. November 2015 durchgeführt wurde.¹

Ergebnisse der Onlinebefragung »Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit«

- › Fast 1.300 Personen beteiligten sich an der im Rahmen des TAB-Projekts durchgeführten Onlinebefragung des Stakeholder Panels TA des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung zum Thema »Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit« im Herbst 2015. Die Onlineumfrage war öffentlich über die Website www.stakeholderpanel.de zugänglich. In der Auswertung werden die Angaben von insgesamt 1.107 Teilnehmenden berücksichtigt, welche Angaben zu mindestens 60 % der Fragen (einschließlich Kommentarfeldern) machten.
- › Die Ergebnisse der Befragung erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität. Sie spiegeln jedoch die Sichten von interessierten Stakeholdern wider, die ihre Meinung zu den Herausforderungen und Folgen von Wissenschaft und Technik einbringen wollen bzw. dem öffentlichen Aufruf zur Teilnahme an der Befragung folgten.
- › Die Stakeholder nutzen der Befragung zufolge den Internetauftritt des Deutschen Bundestages vorrangig für Informationszwecke. Elektronische Petitionen sind das mit Abstand bekannteste Beteiligungsangebot. Die Befragten beteiligen sich dann an diesem und anderen Angeboten, wenn sie ein Interesse an einem Thema haben und es für wichtig erachten. Als mögliche Gründe für die hinter den Erwartungen von Initiatoren zurückbleibenden Beteiligungszahlen werden insbesondere Zweifel an der Berücksichtigung der Ergebnisse im parlamentarischen Prozess benannt, außerdem ein geringer Bekanntheitsgrad der Angebote.
- › In mehr als 614 inhaltlichen Kommentaren, die die quantitativen Angaben ergänzen, formulierten die Befragten Hinweise für die Gestaltung von Onlinebeteiligungsplattformen beim Deutschen Bundestag. Darin betonen sie zum einen die Bedeutung von Qualitätskriterien wie klaren Informationen über Beteiligungsgegenstand, -verfahren und -ziele, einer Bewerbung des Angebots und einer moderierenden Begleitung der Teilnehmenden

¹ Die Ergebnisse sind auch Bestandteil des TAB-Arbeitsberichtes Nr. 173.



während des Verfahrens. Auch IT-Sicherheit und Datenschutz sowie eine nutzungsfreundliche Gestaltung, die auch mobile Geräte berücksichtigt, werden benannt. Zum anderen regen die Teilnehmenden der Onlinebefragung an, Beteiligungsverfahren möglichst frühzeitig durchzuführen, Fachleute als Informationsquellen einzubeziehen und die Formulierung unterschiedlicher, differenzierter Positionen im Rahmen des Verfahrens zu ermöglichen. Es komme nicht so sehr auf die Zahl der Teilnehmenden, sondern auf die Qualität und Neuartigkeit der Beiträge an. Die Befragten zeigen sich offen für Experimente mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten, sofern daraus Lernerfahrungen gewonnen werden. Auch sollten die Konsequenzen von Beteiligungsergebnissen transparent gemacht werden (z. B. durch eine Vernetzung mit Gesetzentwürfen oder Anfragen). Nicht zuletzt wird vorgeschlagen, die Beteiligungsverfahren gegenüber Angeboten von Dritten klar abzugrenzen und die Bedeutung des Deutschen Bundestages für die öffentliche Meinungs- und Entscheidungsfindung zu betonen.

Stakeholder Panel TA – Ziele und Konzept I.

In den vergangenen Jahren wurde der Arbeitsbereich »Diskursanalyse und Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren« durch das TAB weiter ausgebaut, auch um die Sichtbarkeit der TA sowohl beim Deutschen Bundestag als auch in der Öffentlichkeit zu steigern. Damit können bei der Themenanalyse und bei der Entwicklung von Handlungsoptionen für den Deutschen Bundestag noch stärker unterschiedliche gesellschaftliche Interessen und Werturteile berücksichtigt werden, die sich an die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien und wissenschaftlicher Erkenntnisse knüpfen. Im TAB-Konsortium ist das IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung schwerpunktmäßig für diesen Arbeitsbereich zuständig.

Als zentrale Dialogplattform wurde vom IZT das internetbasierte Stakeholder Panel TA (www.stakeholderpanel.de) etabliert. Das Stakeholder Panel TA bindet verschiedene gesellschaftsrelevante Gruppen wie Politik, Wissenschaft und Bildung, Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie auch wenig bzw. nicht institutionell organisierte Bürgerinnen und Bürger ein. Auf Grundlage des Stakeholder Panel TA können die Sichtweisen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in die Arbeit des TAB eingebracht werden.

Abb. I.1 Überblick über die einzelnen Stakeholdergruppen im Stakeholder Panel TA



Eigene Darstellung



Der Aufbau des Stakeholder Panel TA basiert auf einem normativ-diskursiven Ansatz der Stakeholdertheorie. Mit dem Anspruch, Dialoge und Partnerschaften zum gegenseitigen und gesellschaftlichen Nutzen aufzubauen und zu betreiben, sollen nicht nur fachliche, politisch-strategische und normative Aspekte berücksichtigt werden. Das Stakeholder Panel TA soll vielmehr auch gesellschaftliche Bedürfnisse und potenzielle Ansprüche im Kontext ausgewählter wissenschaftlich-technischer Entwicklungen identifizieren und abbilden.

In den kommenden Jahren wird das Stakeholder Panel TA systematisch aufgebaut und soll durch seine Mitglieder eine möglichst umfassende gesellschaftliche Perspektive widerspiegeln. Es ist dabei weder bevölkerungsrepräsentativ ausgerichtet noch explizit als Expertenpanel konzipiert, sondern will die unterschiedlichen gesellschaftlichen Stakeholder in ihrer Breite und Vielfalt kontinuierlich einbinden. Das Ziel besteht darin, gesellschaftsrelevante Gruppen wie Politik/Administration, Umwelt, Wissenschaft/Forschung/Bildung, Medien/Presse, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bürger-/Verbraucherorganisationen und interessierte Bürgerinnen und Bürger zu repräsentieren (Abb. I.1).

Zusammensetzung der Stakeholdergruppen

- › *Wissenschaft/Forschung/Bildung*: Schulen, Universitäten/Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologietransfer und Innovationsförderung, Fachverbände und Standesorganisationen, sonstige wissenschaftliche oder bildungsbezogene Einrichtungen
- › *Politik/Administration/öffentliche Einrichtung*: Bundesregierung und Fachbehörden des Bundes, Landesregierung und Fachbehörden der Länder, Parlamente, öffentliche Verwaltung, öffentliche Einrichtungen, Parteien, sonstige politische/administrative Einrichtungen
- › *Bürger- und Verbraucherorganisationen*: Bürgervereinigungen, Verbraucherschutz, sonstige Bürger- oder Verbrauchereinrichtungen
- › *Zivilgesellschaft*: Verbände und Vereine, Non-Profit-Organisation, Stiftungen, Kirchen, sonstige zivilgesellschaftliche Interessenverbände
- › *Medien/Presse*: publizistische Medien (Hörfunk, Fernsehen, Presse etc.), Social Media, Fachverbände und Standesorganisationen, sonstige Medien
- › *Wirtschaft*: Unternehmen, Freiberufler, Verbände, Arbeitnehmervereinigungen, Fachverbände, Gewerkschaften, sonstige wirtschaftsbezogene Einrichtungen
- › *Umwelt*: Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, sonstige umweltbezogene Einrichtungen



› *interessierte/engagierte Einzelbürgerinnen und Bürger*

Im Stakeholder Panel TA wird bei der Zuordnung der Stakeholder unter anderem zwischen den Gruppen »Bürger- und Verbraucherorganisationen« und »Zivilgesellschaft« unterschieden. Während in der ersten Gruppe jene Initiativen und Organisationen zusammengefasst sind, die explizit die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern und Verbraucherinnen und Verbrauchern vertreten (Bürgerinitiativen, Bürgervereinigungen, Verbraucherorganisationen), umfasst die zweite Gruppe zivilgesellschaftliche Organisationen, die gesellschaftliche Werte und Interessen wie Religion, Kultur oder Bildung repräsentieren (Stiftungen, Kirchen, Verbände und Vereine).

Im Zentrum des Stakeholder Panel TA stehen jährlich etwa zwei Onlinebefragungen zu Technologien und damit verbundenen Fragen der gesellschaftlichen Technikgestaltung. Die Themen der Befragungen werden in der Regel gleichzeitig im Rahmen von TAB-Projekten behandelt, sodass ein enger Bezug zu laufenden Studien gegeben ist. Die Onlinebefragungen werden durch qualitative Dialogelemente ergänzt, um ein möglichst umfassendes Bild der Positionen, Interessen, Einschätzungen und Fragestellungen der Stakeholder zu erhalten. Hierzu zählen beispielsweise Diskussionsveranstaltungen, Kreativworkshops oder Social-Media-Interaktionen.

Stakeholder Panel TA: Beteiligen Sie sich!

Seit Sommer 2014 werden laufend Mitglieder für das Stakeholder Panel TA gewonnen. Hierbei werden mit Blick auf die bereits zuvor benannten Stakeholdergruppen relevante Datenbanken ausgewertet sowie einschlägige Netzwerke, Verbände und gesellschaftliche Multiplikatoren um Unterstützung gebeten. Die in diesem Prozess ausgewählten Adressaten werden eingeladen, sich am Stakeholder Panel TA zu beteiligen. Daneben werden Repräsentanten der verschiedenen Medien über das neue Dialogangebot informiert, soziale Medien durch spezifische Aktivitäten eingebunden und Informationen zum Stakeholder Panel TA sowie zur jeweils aktuellen Onlineumfrage entsprechend verbreitet.

Seit dem Launch der Website im November 2014 wurden verschiedene Onlinebefragungen im Stakeholder Panel TA durchgeführt. Insgesamt konnten über 2.437 registrierte Mitglieder für das Stakeholder Panel TA gewonnen werden (Stand Dezember 2017). An den Befragungen haben sich insgesamt über 14.000 Stakeholder beteiligt und sich so themenbezogen in die Diskurs- und Dialogprozesse der TA beim Deutschen Bundestag eingebracht. Die Erfahrungen zeigen, dass sich hier auch viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die keine Verankerung in einer Stakeholdergruppe ange-



I. Stakeholder Panel TA – Ziele und Konzept

ben. Das Stakeholder Panel TA sieht dies als wichtige Ergänzung und berücksichtigt diese Ergebnisse gezielt, indem es institutionell nicht oder wenig organisierte Einzelbürgerinnen und Bürger in den Auswertungen als eigene Gruppe gesondert ausweist.

Panelmitglieder erhalten erste Auswertungsergebnisse vor der umfassenden Publikation, sie werden zeitnah nach Abschluss einer Befragung per E-Mail zugesandt. Mit diesem kleinen »Informationsvorsprung« bedanken wir uns bei allen Unterstützenden.

Interessenten, die sich als Mitglied des Stakeholder Panel TA registrieren möchten, können sich unter folgendem Link anmelden:

www.stakeholderpanel.de

Das IZT freut sich über weitere Mitglieder! Bitte weisen Sie auch in Ihren jeweiligen Fachkreisen und in Ihrem persönlichen Umfeld auf das Dialogangebot hin.



Ergebnisse der Onlinebefragung »Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit« II.

Vorgehensweise 1.

Die Onlinebefragung »Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit« war vom 10. September 2015 bis zum 2. November 2015 über das Internetangebot des Stakeholder Panel TA öffentlich zugänglich. Die Befragung wurde im Kontext des gleichnamigen TAB-Projekts konzipiert und umgesetzt. Die Befragung gliederte sich in drei Themenblöcke:

- › Welche Informations- und Beteiligungsangebote wecken Interesse?
- › Aus welchen Motiven beteiligen sich Stakeholder an Onlinebeteiligungsverfahren des Deutschen Bundestages?
- › Welche Anforderungen stellen die Stakeholder an Online-Bürgerbeteiligung?
- › Warum bleibt nach Einschätzung der Stakeholder die politische Beteiligung im Internet bislang hinter den Erwartungen zurück?

Die Onlineumfrage war im Zeitraum vom 10. September bis 2. November 2015 öffentlich über die Website www.stakeholderpanel.de zugänglich. Sie verzeichnete insgesamt 3.350 Seitenaufrufe. In der Auswertung berücksichtigt werden die Angaben von insgesamt 1.107 Teilnehmenden, die Angaben zu mindestens 60 % der Fragen machten.

Die Auswertung der Daten erfolgte mithilfe des statistischen Analyseprogramms IBM SPSS Statistics. Neben der Berechnung der Häufigkeiten wurden bi- und multivariate Analysen durchgeführt, wobei ein Schwerpunkt auf die Ermittlung des Antwortverhaltens der verschiedenen Stakeholdergruppen gelegt wurde. Zusätzlich wurden die Antworten interessierter Einzelbürgerinnen und Bürger gesondert untersucht und ausgewiesen. Im Bericht wird bei der grafischen Darstellung zwischen zwei Typen unterschieden: Häufigkeiten, die die Gesamtheit aller Antwortenden umfassen, sowie Kreuztabellen, die die Antworten je nach Stakeholdergruppe gliedern. Die Darstellung der Häufigkeiten gibt einen ersten Überblick über das Gesamtergebnis. In diesen Grafiken werden auch fehlende Werte angegeben sowie diejenigen Personen ausgewiesen, die mit »keine Angabe« geantwortet haben. Bei der Feststellung der Häufigkeiten insgesamt (hier $n = 1.107$) wird keine Gewichtung der Stakeholdergruppen vorge-



nommen². Allerdings geben die Kreuztabellen Aufschluss über die Positionen der unterschiedlichen Stakeholdergruppen und unterstützen so einen Vergleich. Um deutlich zu machen, dass die Stakeholdergruppen sehr unterschiedlich stark besetzt sind, wurde in den nach Stakeholdern aufgeschlüsselten Grafiken im Report die Anzahl der Antworten(n) je Stakeholdergruppe ausgewiesen. Zu beachten ist darüber hinaus, dass aus statistischen Gründen in den Auswertungen nach Stakeholdergruppen die Kategorien »keine Angabe« und »Sonstiges« nicht berücksichtigt wurden. Dieses Vorgehen ist u. a. damit zu begründen, dass in diesem Analyseschritt die Positionen der Stakeholdergruppen und ihre möglichen Abweichungen – und damit die tatsächlichen Antworten – im Vordergrund des Interesses standen.

Zusätzlich wurde im Rahmen der Auswertung eine Clusteranalyse durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten aber, dass keine Cluster unterschieden und auch keine Typologie entwickelt werden können. Die Auswertung der zahlreichen Antworten im Rahmen der offenen Fragen und Kommentarmöglichkeiten wurde mithilfe des Programms MAXQDA für qualitative Text- und Datenanalyse durchgeführt.

Die Ergebnisse der Befragung erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität. Sie spiegeln jedoch die Sichtweisen von interessierten Stakeholdern wider, die ihre Meinung zu den Herausforderungen und Folgen von Wissenschaft und Technik einbringen wollen.

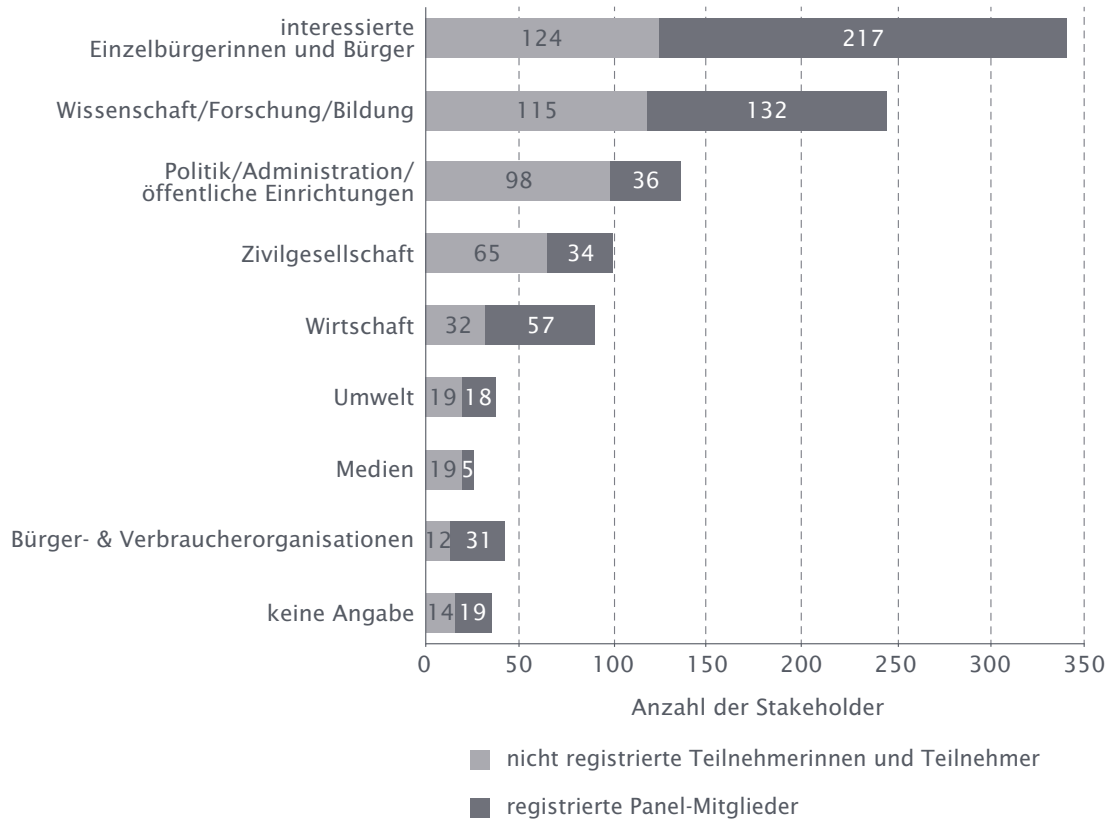
Beschreibung des Datensatzes

2.

Abbildung II.1 gibt einen Überblick über die Zuordnung der Befragten zu einzelnen Stakeholdergruppen. Die Stakeholdergruppe »Wissenschaft/Forschung/Bildung« ist bei den Befragten mit 18,1 % stark vertreten. Auch der Anteil der interessierten Einzelbürgerinnen und Bürger, die sich keiner Stakeholdergruppe zugeordnet haben, ist mit 29,7 % hoch.

2 Nach Rücksprache mit Fachleuten des GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (www.gesis.org/unser-angebot/studien-planen) entschied sich das Projektteam von einer Gewichtung abzusehen. Ein solcher Schritt sollte in der Regel dann vorgenommen werden, wenn in der Stichprobe Verzerrungen gegenüber der Grundgesamtheit vorliegen. Dies ist bei einer Umfrage wie dem Stakeholder Panel TA und in Bezug auf die dafür ausgewählten Stakeholdergruppen nicht oder nur sehr schwer einzuschätzen: Wie groß die gesellschaftliche Gruppe »Umwelt« gegenüber der Gruppe »Wissenschaft« ist, lässt sich beispielsweise kaum ermitteln.

Abb. II.1 Zuordnung der Stakeholder



n = 1.107

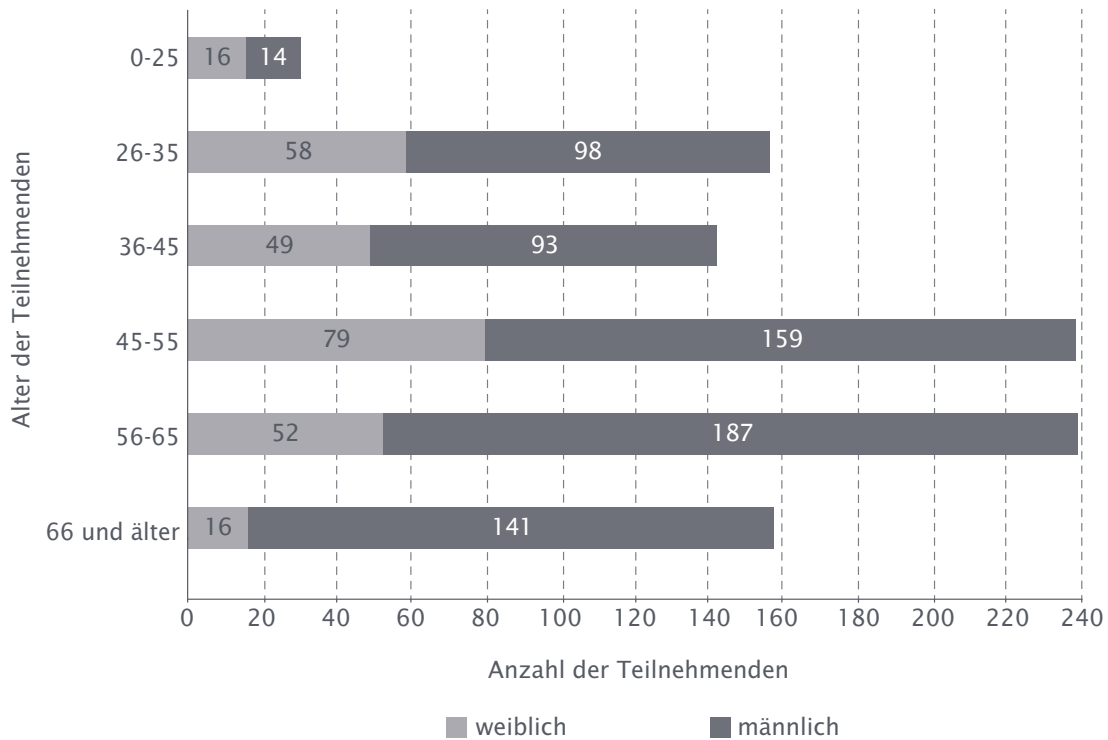
Quelle: Stakeholder Panel TA

Fast 92 % der Teilnehmenden der Befragung gaben ihr Alter an. An der Befragung beteiligten sich überdurchschnittlich viele Personen der Altersgruppen zwischen 46 und 55 bzw. 55 und 65 Jahren (jeweils 240 Personen). In den sonstigen Altersgruppen beträgt die Anzahl jeweils zwischen 140 und 160 Personen, nur die Altersgruppe der unter 25-Jährigen ist mit 30 Personen deutlich geringer besetzt (Abb. II.2).



Abb. II.2

Alter der Teilnehmenden
Freiwillige Angaben zu Ihrer Person – Alter in 2015



n = 962 (fehlende Angaben wurden nicht mitbetrachtet)

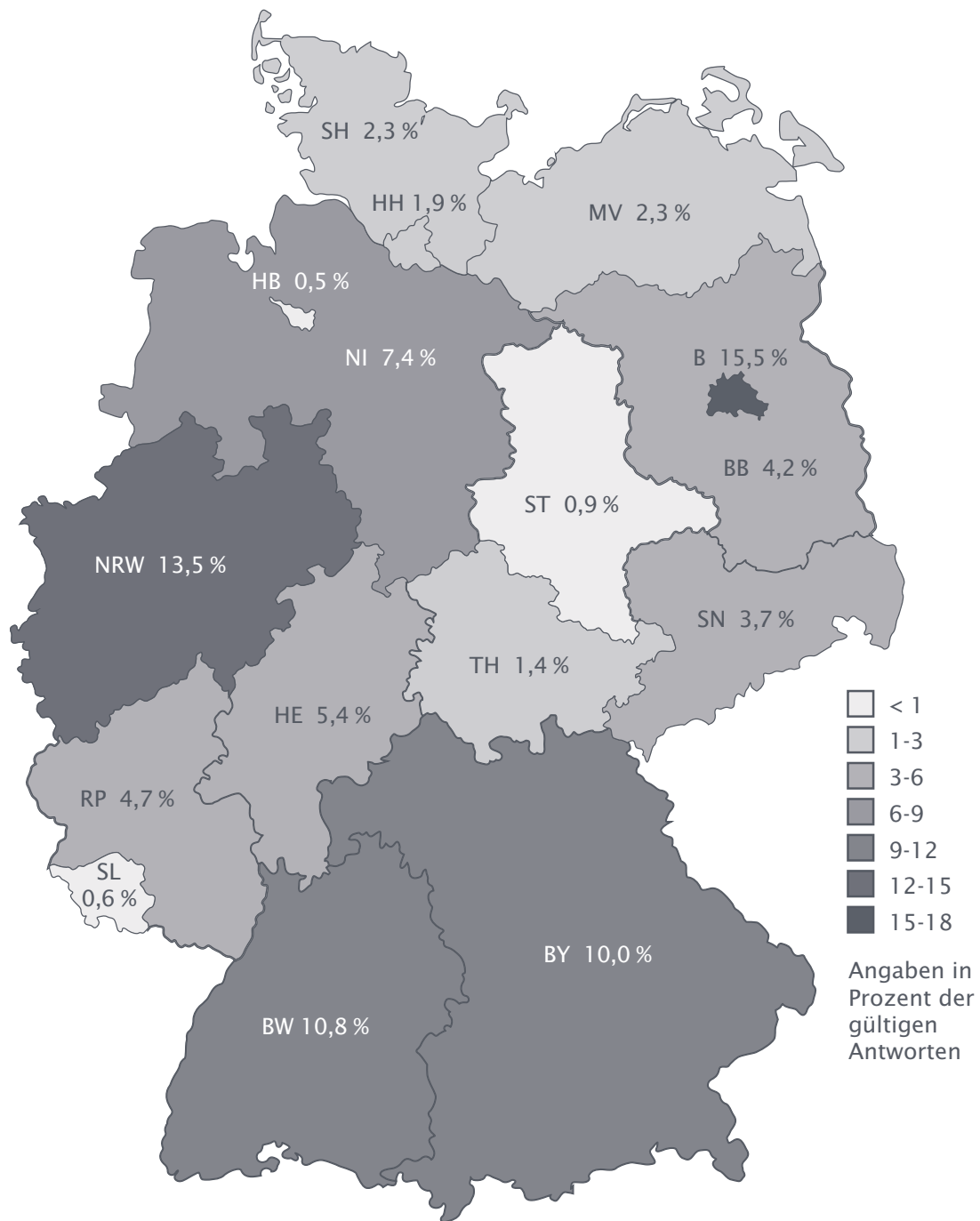
Quelle: Stakeholder Panel TA

Rund 30 % der Antwortenden sind Frauen. Die Teilnehmenden schätzen sich zu über 90 % als politisch sehr hoch oder hoch interessiert ein, ca. 40 % sind politisch aktiv. Auch das Interesse an digitalen Medien ist bei 85 % der Befragten mindestens hoch.

Mit Blick auf die geografische Verteilung wird deutlich, dass sich Stakeholder aus allen Teilen Deutschlands an der Befragung beteiligt haben, wobei das einwohnerstarke Bundesland Nordrhein-Westfalen (15,4 %) den größten Anteil stellt, gefolgt von Baden-Württemberg (9,8 %) (Abb. II.3).

Abb. II.3

Geografische Verteilung der Teilnehmenden



n = 1.107

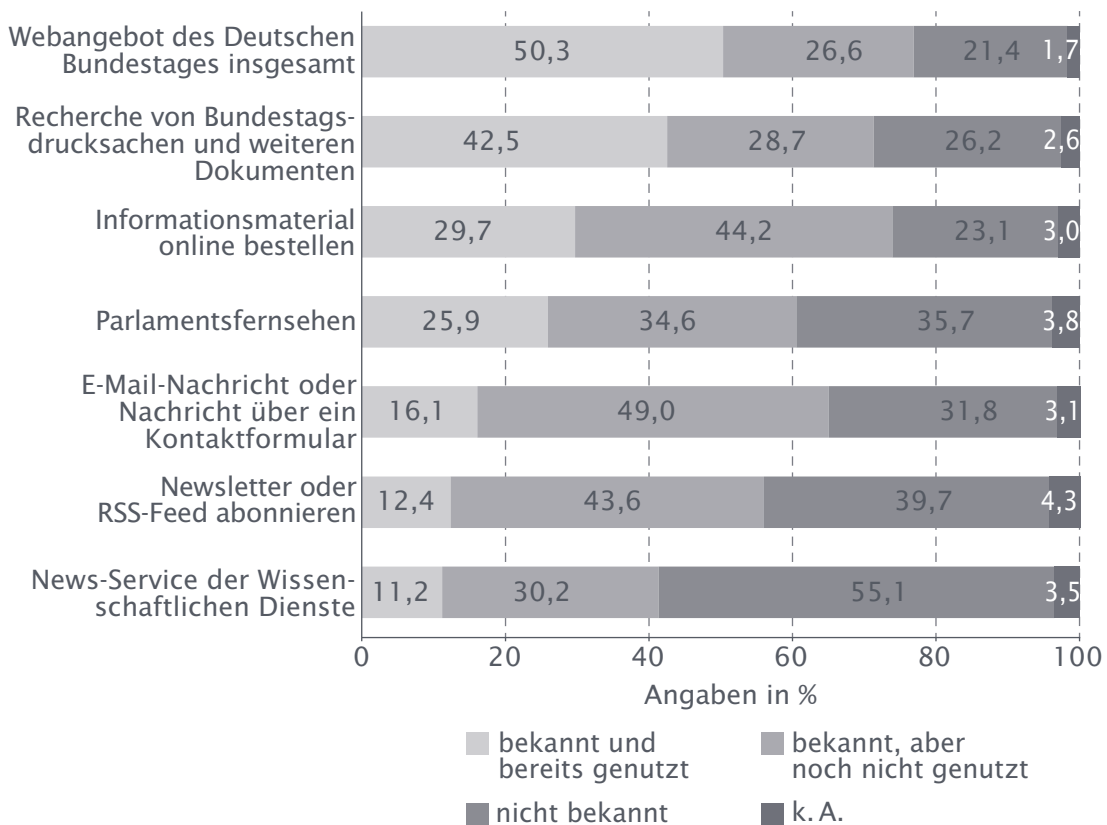
Quelle: Stakeholder Panel TA

Ergebnisse der Onlinebefragung

3.

Das Webangebot des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de kennen 77 % der befragten Stakeholder, 50 % nutzen es auch (Abb. III.1). Innerhalb des Webangebots zählen die Recherche von Bundestagsdrucksachen und weiteren Dokumenten sowie die Onlinebestellmöglichkeit für Informationsmaterialien zu den bekanntesten Informationsangeboten. Jeweils mehr als 70 % der Befragten kennen sie, auch die Zahl der Nutzenden ist mit rund 43 % bzw. 30 % der Befragten hoch.

Abb. III.1 Sind Ihnen die folgenden Informationsangebote des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de bekannt und haben Sie diese bereits genutzt?



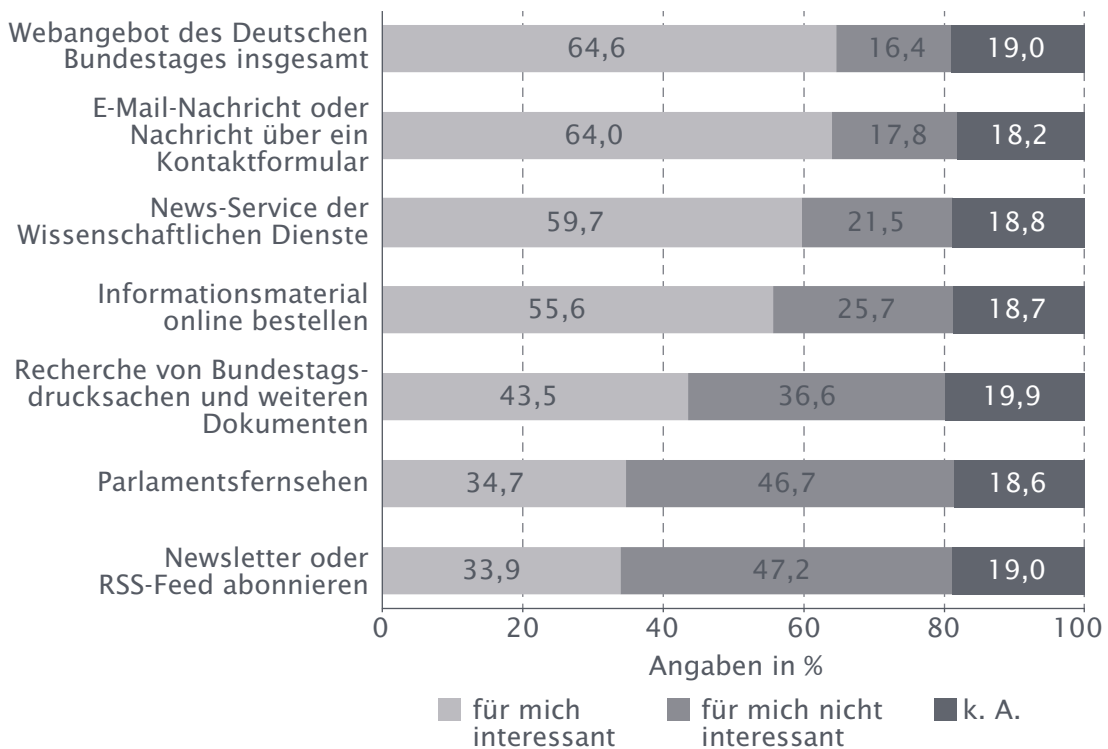
n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA

Das Parlamentsfernsehen kennen 60 % der Teilnehmenden, 26 % haben es bereits genutzt. Die Kommunikationsmöglichkeit via E-Mail oder per Kontaktformular sowie das Newsletterangebot, über das der laufende Pressedienst

»heute im bundestag« (hib), Mitteilungen aus dem Pressezentrum des Deutschen Bundestages oder der Informationsdienst »Kunst im Bundestag« abonniert werden können, sind zwar der Mehrzahl der Befragten bekannt, werden aber nur von 12 bzw. 16 % genutzt. Der Newsservice der Wissenschaftlichen Dienste, ein weiteres elektronisches Informationsangebot des Deutschen Bundestages, ist nicht über die Bestellseite der sonstigen Newsletter zu erreichen. Dieser Informationsdienst ist immerhin ca. 40 % der Befragten bekannt. 11 % geben an, das Angebot bereits genutzt zu haben (Abb. III.1).

Abb. III.2 Sind Sie an einer Nutzung der folgenden Informationsangebote des Deutschen Bundestages grundsätzlich interessiert?



n = 1.107

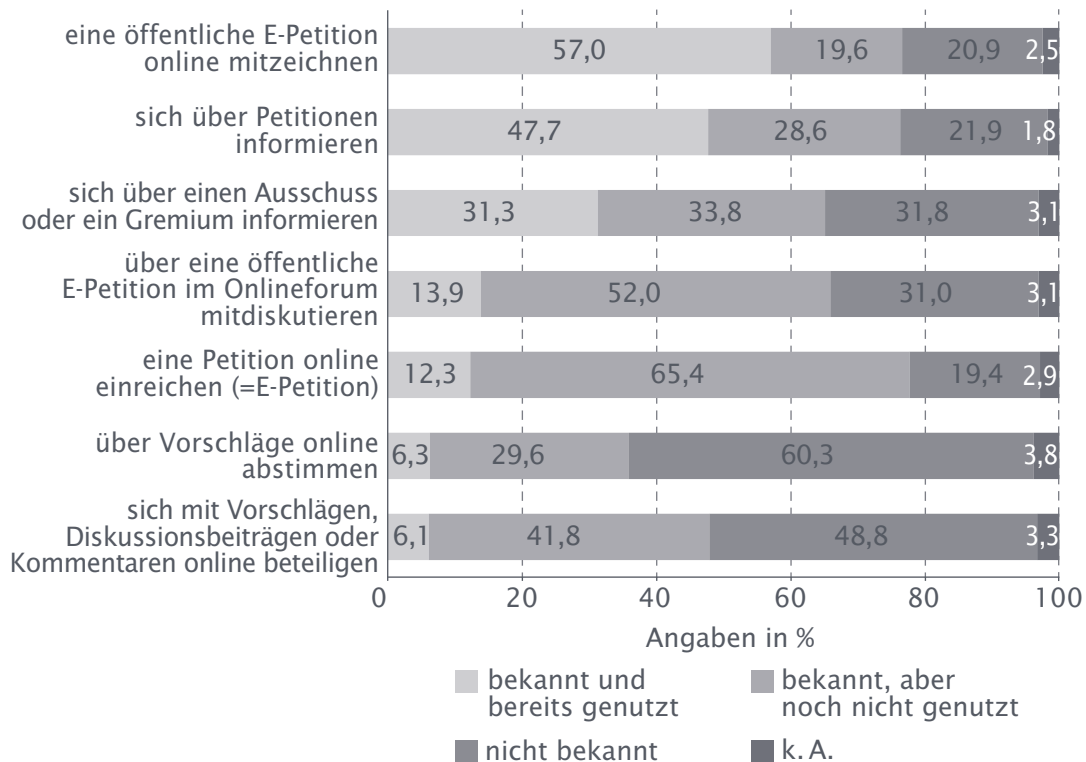
Quelle: Stakeholder Panel TA

Wird gefragt, ob die Informationsangebote des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de für die Befragungsteilnehmenden interessant sind, ergibt sich eine andere Rangfolge als bei Bekanntheitsgrad und Nutzung. Wie Abbildung III.2 zeigt, interessieren sich viele Befragte für E-Mail-Nachrichten/Kontaktformular (64 %), den News-Service der Wissenschaftlichen Dienste (60 %) und die Bestellmöglichkeit für Informationsmaterialien (56 %). Allerdings wecken auch die Recherche von Bundestagsdrucksachen und Dokumenten



(44 %) und die sonstigen Angebote (Parlamentsfernsehen und Newsletter/RSS-Feed mit jeweils ca. 34 %) hohes Interesse.

Abb. III.3 Einige Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestages bieten Onlinebeteiligungsangebote an. Haben Sie die folgenden Angebote bereits genutzt?



n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA

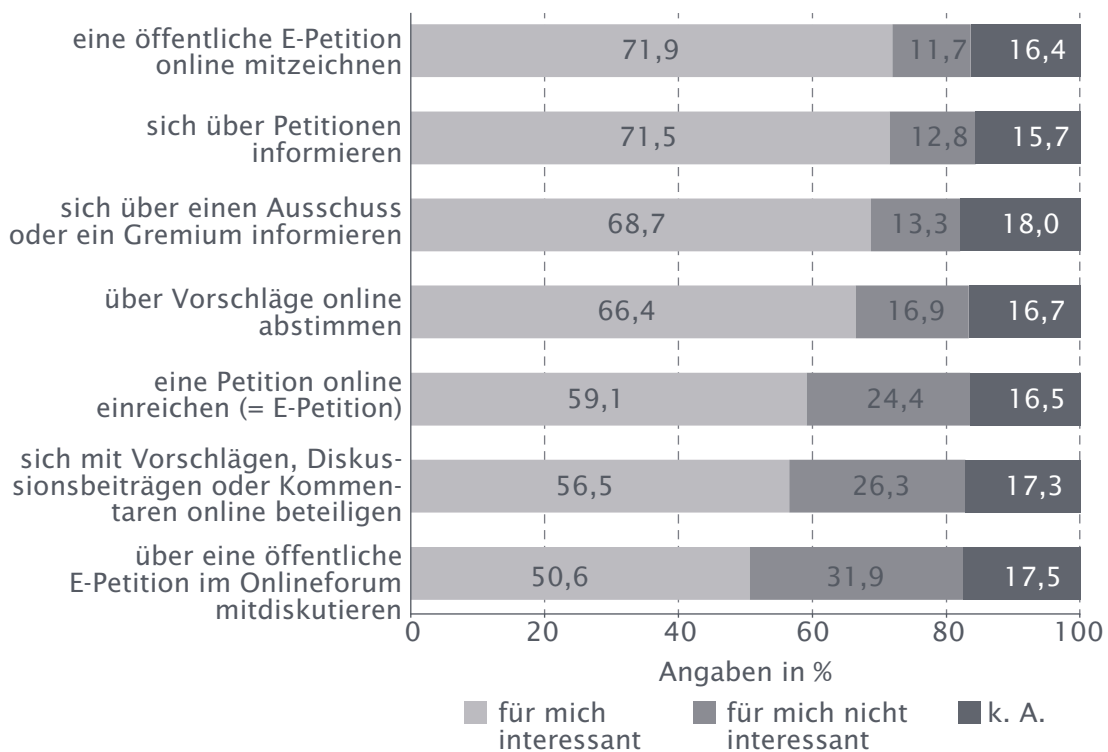
Onlinebeteiligungsangebote sind mit unterschiedlichen Funktionen verbunden. Dazu zählen beispielsweise die Information über einen Ausschuss oder ein Gremium, das Einbringen von Vorschlägen, Diskussionsbeiträgen oder Kommentaren sowie Onlineabstimmungen. Während die Möglichkeit der Information über Ausschüsse und Gremien immerhin 65 % der Befragten bekannt ist und von 31 % auch genutzt wird, erreicht das Einbringen von Vorschlägen, Diskussionsbeiträgen oder Kommentaren einen Bekanntheitsgrad von 48 %, Abstimmungen über Vorschläge sogar nur ca. 36 % (Abb. III.3).

Gering ist im Vergleich die aktive Nutzung dieser Möglichkeiten. Nur jeweils 6 % der Befragungsteilnehmenden haben sich an denjenigen Diskussionen oder Abstimmungen beim Deutschen Bundestag beteiligt, die nicht der Arbeit des Petitionsausschusses zuzuordnen sind.



Die Beteiligungsangebote dieses Ausschusses erreichen dagegen deutlich höhere Werte. Ca. 77% der Befragten kennen die Möglichkeit, eine öffentliche E-Petition online mitzuzeichnen, 57% haben sie bereits genutzt. Ca. 48% haben sich im Internet über Petitionen informiert, ca. 12% selbst eine Petition online eingereicht. Das Onlineforum der Petitionsplattform ist immerhin noch 66% der Befragten bekannt. Die Nutzungszahlen des Onlineforums liegen mit 14% auf einem Niveau, das nur unwesentlich höher liegt als das des Einreichens von E-Petitionen. Insgesamt ergibt sich jedoch ein deutliches Bild: Die E-Petitionen sind unter den Befragungsteilnehmenden im Vergleich zu den sonstigen Beteiligungsangeboten beim Bundestag bekannter, und sie werden auch deutlich häufiger genutzt.

Abb. III.4 Einige Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestages bieten Onlinebeteiligungsangebote an. Sind Sie an einer Nutzung grundsätzlich interessiert?



n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA

Wird nach dem Interesse an der Nutzung dieser Beteiligungsangebote gefragt (Abb. III.4), führt die Mitzeichnung von öffentlichen E-Petitionen die Rangfolge an. 72 % der Befragungsteilnehmenden geben an, Interesse daran zu haben. Fast



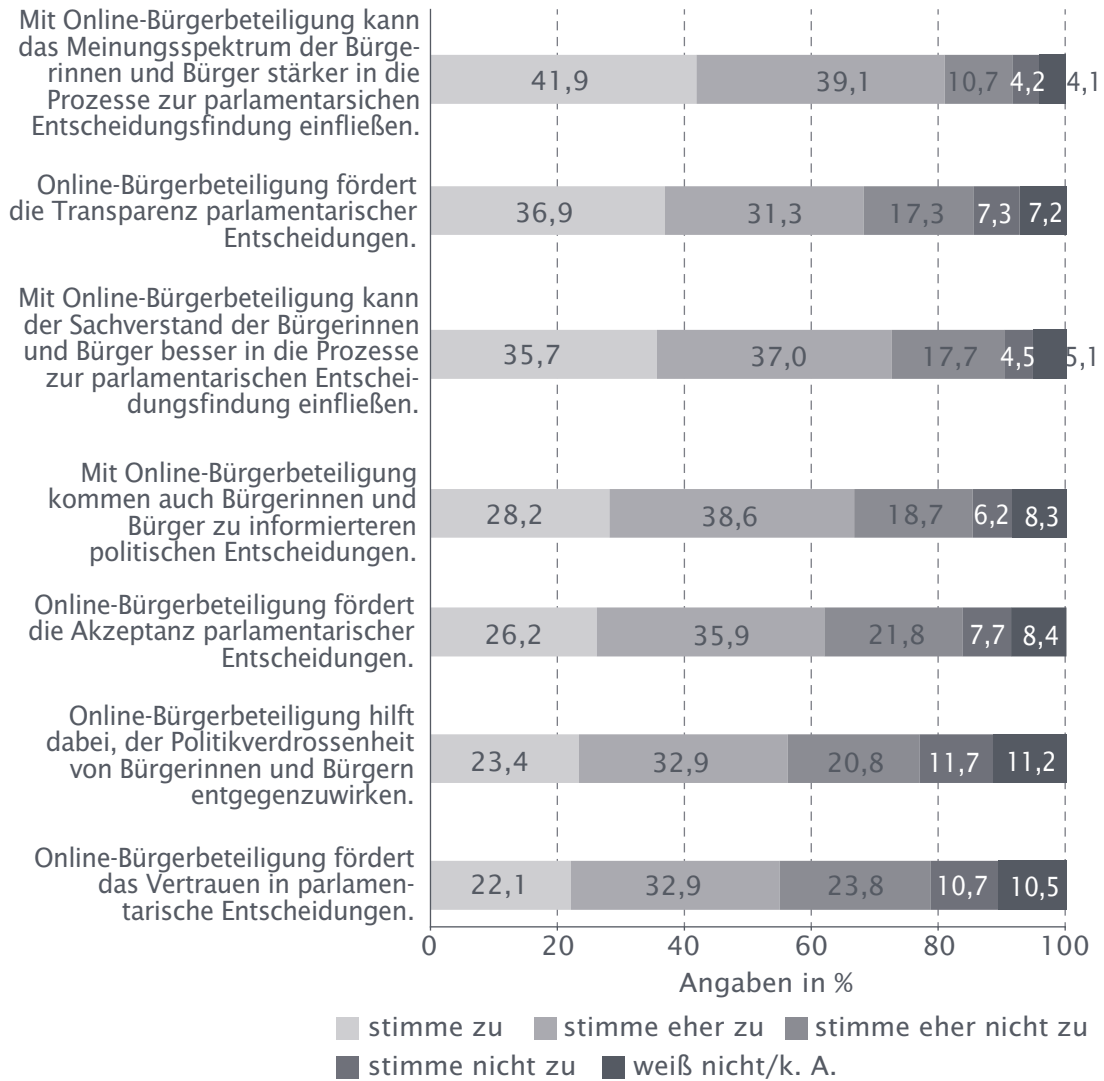
ebenso viele interessieren sich für Informationen über Petitionen, etwas weniger (69 %) für Informationen über Ausschüsse und Gremien. Abstimmungen über Vorschläge, wie sie etwa bei der Internet-Enquete möglich waren, interessieren zwei Drittel der Befragten. Das Einreichen von Petitionen über das Internet, das Einbringen von Vorschlägen und Kommentaren sowie die Diskussion über Petitionen im Onlineforum sind weniger interessant, immerhin bekunden aber jeweils mehr als 50 % der Teilnehmenden ein entsprechendes Interesse.

In Bezug auf die Frage nach möglichen Leistungen der Online-Bürgerbeteiligung (Abb. III.5) geben 81 bzw. 73 % der Befragten an, mit Online-Bürgerbeteiligung könne das Meinungsspektrum bzw. der Sachverstand der Bevölkerung stärker in die Prozesse der parlamentarischen Entscheidungsfindung einfließen. Jeweils mehr als 60 % der Befragten stimmen den Aussagen voll oder eher zu, dass Online-Bürgerbeteiligung die Transparenz bzw. die Akzeptanz parlamentarischer Entscheidungen fördere und dass sie dazu beitrage, dass Bürgerinnen und Bürger zu informierteren politischen Entscheidungen kommen.

Unter den Motiven, die die Befragten zur Nutzung der Beteiligungsangebote des Bundestages veranlassen, werden am häufigsten thematische Bezüge genannt (Abb. III.6): Themen, die die Befragten für wichtig erachten (92 %), oder Themen, die sie direkt betreffen (83 %), sind die meist genannten Motive. Mehr als 80 % nennen die Wichtigkeit von Beteiligung insgesamt als Motiv. Auch die Ziele, eine sich abzeichnende politische Entscheidung abwenden oder aber sie fördern bzw. ihr Nachdruck verleihen zu wollen, erhalten jeweils mehr als 70 % Zustimmung. Jeweils etwa zwei Drittel der Befragten wollen ihre Meinung bzw. ihre Sach- oder Fachkenntnisse einbringen.

Bei der Frage nach Einstellungen zur Rolle von Online-Bürgerbeteiligung beim Deutschen Bundestag und seinen Gremien (Abb. III.7) finden zwei Aussagen die Zustimmung von jeweils mindestens drei Vierteln der Befragten: Der Deutsche Bundestag solle bei der Online-Bürgerbeteiligung »eine Vorreiterrolle einnehmen« und Online-Bürgerbeteiligung solle »heute eine Selbstverständlichkeit im Rahmen der parlamentarischen Arbeit sein«. Im Umkehrschluss wird die These, dass in einer repräsentativen Demokratie Onlinebeteiligungsverfahren keinen oder nur einen geringen Mehrwert haben, mehrheitlich abgelehnt (von ca. 58 % der Befragten, die Antwortmöglichkeiten wechselten bewusst zwischen positiv und negativ formulierten Aussagen). Auch die Forderung, auf ein faires Mitspracherecht für Kinder und Jugendliche zu achten, erreicht eine hohe Zustimmung (bei über 60 % der Befragten).

Abb.III.5 Stimmen Sie den folgenden Aussagen nicht zu, eher nicht zu, eher zu oder zu?
Bitte bewerten Sie die Aussagen im Hinblick auf den Nutzen für die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Gremien.

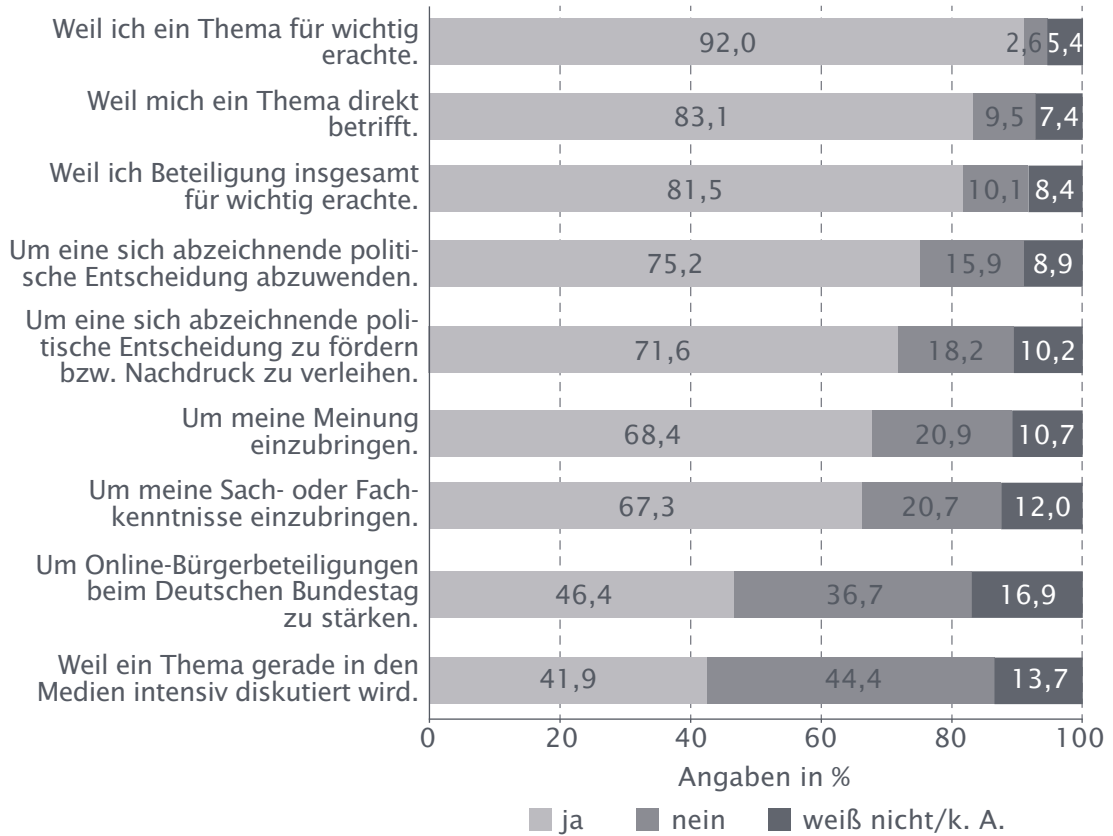


n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA



Abb. III.6 Welche Motive veranlassen Sie, die Angebote des Deutschen Bundestages zur Online-Bürgerbeteiligung zu nutzen?

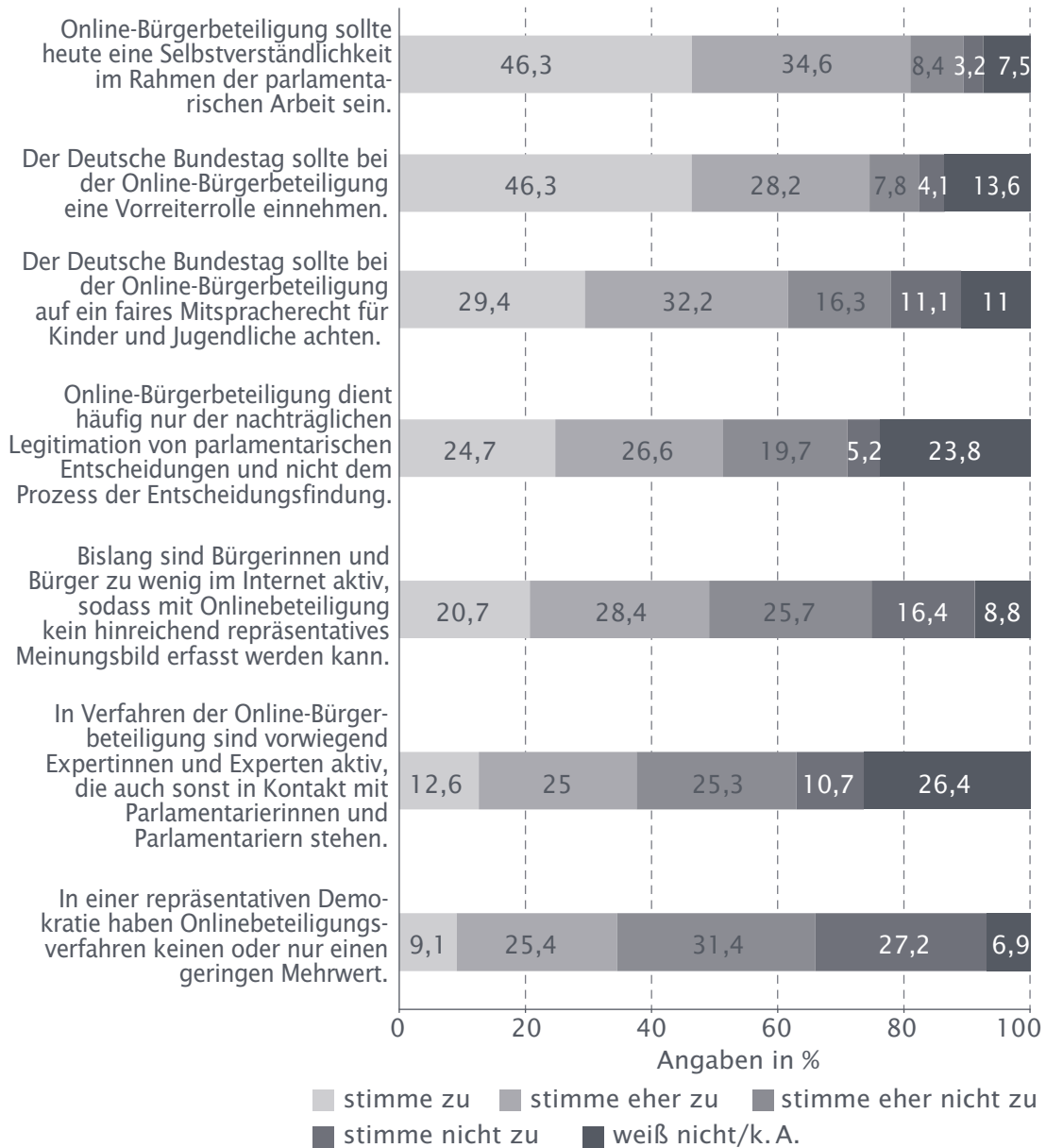


n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA



Abb. III.7 Stimmen Sie den folgenden Aussagen nicht zu, eher nicht zu, eher zu oder zu? Bitte bewerten Sie die Aussagen im Hinblick auf die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Gremien.



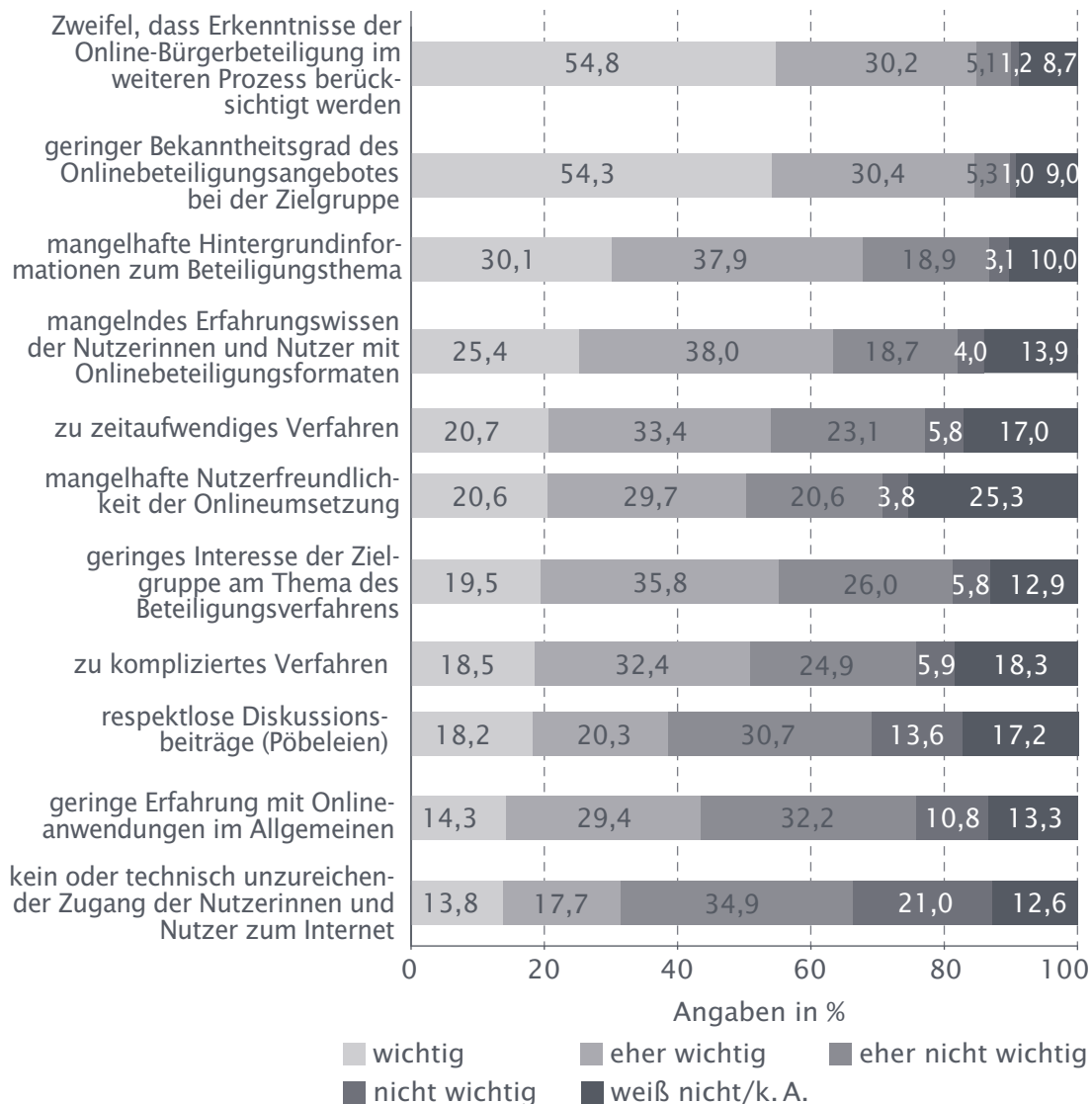
n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA

Eine weitere Frage richtete sich auf die möglichen Gründe, warum Online-Bürgerbeteiligung (nicht nur die des Deutschen Bundestages) auf geringes Interesse stößt bzw. hinter den Erwartungen zurückbleibt (Abb. III.8). Die Befragungsteilnehmenden nennen als wichtigste Faktoren Zweifel daran, dass

Erkenntnisse der Online-Bürgerbeteiligung im politischen Prozess berücksichtigt werden, sowie einen geringen Bekanntheitsgrad des Onlinebeteiligungsangebotes bei der Zielgruppe (jeweils 85 % der Befragten).

Abb. III.8 Häufig stoßen Onlinebeteiligungsangebote (nicht nur des Bundestages) auf geringes Interesse bzw. die Beteiligung bleibt deutlich hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück. Wie wichtig sind Ihrer Einschätzung nach dafür die folgenden Gründe?



n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA

II. Ergebnisse der Onlinebefragung

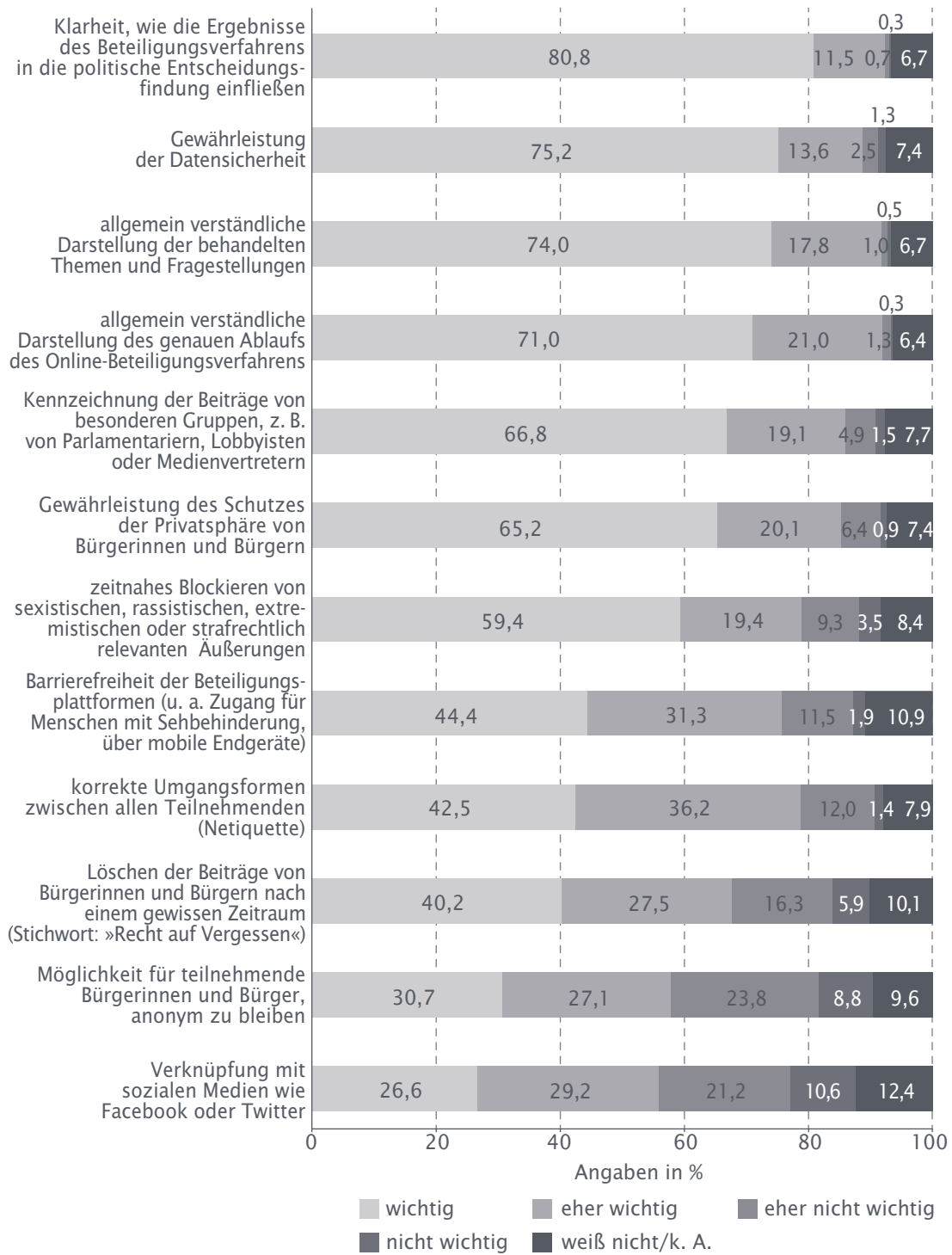


Mangelnde Hintergrundinformationen zum Beteiligungsthema sowie mangelndes Erfahrungswissen in Bezug auf Onlinebeteiligungsformate werden von jeweils mehr als 60% der Stakeholder als wichtige oder eher wichtige Gründe angesehen. Der Zugang der potenziellen Teilnehmenden zum Internet wird dagegen von einer Mehrheit der Befragten als kein wichtiger Grund für geringes Interesse bzw. geringe Beteiligung angesehen.

In einer weiteren Frage wurden die Befragungsteilnehmenden um ihre Einschätzung zu Anforderungen an Onlinebeteiligungsverfahren gebeten (Abb. III.9).



Abb. III.9 Wie wichtig sind Ihrer Einschätzung nach die folgenden Anforderungen an Onlinebeteiligungsverfahren?



n = 1.107

Quelle: Stakeholder Panel TA



Dabei steht an erster Stelle der Wichtigkeit Klarheit darüber, wie die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens in die politische Entscheidung einfließen: Über 90 % der Teilnehmenden erachten diese Anforderung als wichtig oder eher wichtig. Auch die allgemein verständliche Darstellung der behandelten Themen und Fragestellungen sowie des genauen Ablaufs des Beteiligungsverfahrens werden von mehr als 90 % der Befragten als wichtig eingeschätzt. Als weitere wichtige Anforderungen werden von den Stakeholdern die Gewährleistung von Datensicherheit (89%), die Kennzeichnung der Beiträge von besonderen Gruppen, wie Parlamentariern, Lobbyisten oder Medien (86 %), sowie der Schutz der Privatsphäre von Bürgerinnen und Bürgern (85 %) genannt. In ihrer Wichtigkeit etwas geringer bewertet – mit jeweils weniger als 75 % der Befragten, die »wichtig« oder »eher wichtig« nennen – werden Anforderungen zur Löschung von Beiträgen nach einem gewissen Zeitraum (Stichwort: »Recht auf Vergessen«) sowie die Ermöglichung anonymer Teilnahme. Eine Verknüpfung mit Facebook kommt auf die geringste Bedeutung unter den abgefragten Anforderungen (von 56 % der Befragten als wichtig eingeschätzt).

Für die Umsetzung entsprechender Anforderungen an Onlinebeteiligungsangebote des Deutschen Bundestages sind unterschiedliche Herangehensweisen möglich, die sich zum Teil wechselseitig ausschließen. Den Befragungsteilnehmenden wurden zu fünf Aspekten jeweils gegensätzliche Optionen zur Auswahl präsentiert. Sie konnten anhand von sechs Stufen angeben, wie sehr sie der einen oder der anderen Alternative zustimmen.

Die Befragten sprechen sich klar für eine Kennzeichnung der institutionellen Zugehörigkeit von Fachleuten bei Beteiligungsverfahren (81 % sind klar dafür, 5 % klar dagegen) sowie gegen die Möglichkeit einer Anmeldung über Facebook Connect aus (50 % sind klar dagegen, 14 % klar dafür). Knapper fällt dagegen die Bewertung bei drei weiteren Aspekten aus: Eine Prüfung von Beiträgen durch die Moderation (mit anschließender Freischaltung) – im Gegensatz zur sofortigen Veröffentlichung – sowie eine Pflicht zur Verwendung des tatsächlichen Namens (»Klarnamenpflicht«) – im Gegensatz zur Zulassung von Pseudonymen – werden jeweils stärker befürwortet als abgelehnt. Das Verhältnis klarer Befürworter gegenüber klaren Gegnern beträgt bei der Frage der Vorabmoderation 44 zu 27 %, bei der Frage der Klarnamenpflicht 43 zu 24 % der Befragten. Der Vorschlag, das Abstimmungsverhalten von Einzelpersonen bei Onlinebeteiligungsverfahren anzuzeigen, wird dagegen stärker abgelehnt als befürwortet (43 % der Befragten sind klar dagegen, 22 % klar dafür).

Ergänzende Einschätzungen und Erwartungen der Stakeholder

Der Fragebogen beinhaltete außer Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auch Felder für Hinweise und Kommentare. Viele Befragte nutzten diese



Möglichkeit, sodass 614 Beiträge in einer inhaltlichen Analyse berücksichtigt werden konnten.

In vielen Kommentaren wird betont, dass die Onlinebeteiligung bislang nicht die Bevölkerung in ihrer Breite erreiche. Bürgerbeteiligung auf der Bundesebene wird jedoch als ein wichtiges Zukunftsthema gesehen, dem frühzeitig Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte und welches ernst zu nehmen sei. Hiermit könne, so einige Befragte, Vertrauen gewonnen und der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden. Die befragten Stakeholder gehen in ihren Kommentaren meist davon aus, dass das Interesse des Deutschen Bundestages an Online-Bürgerbeteiligung und dem Einbeziehen der Ergebnisse von Beteiligungsprozessen derzeit gering bzw. nicht vorhanden sei.

Die überwiegende Anzahl der Personen, die sich in den Kommentarfeldern äußerten, verbindet mit Online-Bürgerbeteiligung nicht die Erwartung, die Sichtweisen der Bürgerschaft repräsentativ widerzuspiegeln. Allerdings sollten die Beiträge der sich aktiv Beteiligenden hoch geschätzt werden, denn mit Beteiligungsprozessen seien häufig hoher Zeitaufwand, intensive Mitarbeit und hohes Fachwissen bzw. hohe Kompetenzen verbunden. Auch seien neuartige und sachkundige Beiträge zu erwarten.

Die Stakeholder messen Rückmeldungen aus dem Parlament und der Beteiligung durch Mitglieder des Deutschen Bundestages eine hohe Bedeutung zu. Eine solche Funktion könnten jedoch auch andere Personen (Beschäftigte bei Abgeordneten, Fraktionen bzw. Sekretariaten) übernehmen. Die Initiatoren von Beteiligungsprozessen beim Deutschen Bundestag sollten darauf achten, dass der Prozess nicht nur eine »Alibifunktion« habe, mit dem parlamentarische Entscheidungen spät oder im Nachhinein gerechtfertigt werden oder im Nachhinein Akzeptanz geschaffen werden solle. In diesem Zusammenhang wird mehrfach auf den Vertrag über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) als Beispiel für erwartete, aber nicht erfolgte Bürgerbeteiligung verwiesen.

Die Befragten betonen außerdem, dass der Bundestag Wert darauf legen solle, qualitativ hochwertige Bürgerbeteiligung anzubieten. Dabei seien Ansprüche auf Sachlichkeit und Relevanz vorrangig. Es sei wichtig, themenorientiert möglichst viele Menschen zu erreichen und über den laufenden Prozess zu informieren. Bürgerbeteiligung könne das im Parlament bestehende Diskussionspektrum um weitere Sichtweisen ergänzen und erweitern.

Verbesserungsvorschläge der Stakeholder

Die Befragten schlagen in den Kommentarfeldern auch konkrete Maßnahmen vor, um Online-Bürgerbeteiligung beim Deutschen Bundestag zu verbessern bzw. weiterzuentwickeln. Diese Beiträge beziehen sich auf die Information der Öffentlichkeit sowie auf organisatorisch-technische Maßnahmen der Umset-



zung von Beteiligungsverfahren. Zur besseren Information werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- › Fernseh- oder Radiospots könnten genutzt werden, um die Bevölkerung über Beteiligungsangebote (einschließlich der Hintergründe) zu informieren. Betroffene oder wichtige Zielgruppen sollten gezielt adressiert werden (ggf. auch über Zeitungen vor Ort).
- › Personen, die sich für ein Thema interessieren, sollten über den Fortgang des Diskussionsprozesses im Parlament informiert werden (beispielsweise durch Newsletter oder Systembenachrichtigungen bei neuen Dokumenten). Wünschenswert sei auch, dass Online-Redakteure den Fortgang regelmäßig zusammenfassen und entsprechende Artikel beispielsweise in »heute im Bundestag« oder über das Webangebot des Bundestages veröffentlichen.
- › Eine Vernetzung von Informationen zum Fortgang des Verfahrens mit weiteren Angeboten des Deutschen Bundestages, beispielsweise zugehörigen Gesetzentwürfen oder Anfragen an die Bundesregierung durch Abgeordnete, könnte zur Teilnahme motivieren und die Orientierung der Teilnehmenden verbessern.
- › Bürgerinnen und Bürger sollten in Beteiligungsverfahren die Möglichkeit erhalten, Fragen an Fachleute zu stellen. Neben Akteuren beim Deutschen Bundestag und aus der Wissenschaft wird auch auf Bürgerexperten verwiesen. Diese könnten die Aufgabe wahrnehmen, wichtige Fragen an Fachleute weiterzuleiten und deren Antworten gut verständlich in den Prozess einzubringen. Auch könnten sie als Prozessbeobachtende frühzeitig auf etwaige Defizite hinweisen oder in der Öffentlichkeit für die Beteiligung werben.

Die vorgeschlagenen organisatorisch-technischen Maßnahmen umfassen:

- › Unterschiedliche Beteiligungsformate sollten durch das Parlament erprobt werden. Grundsätzlich müsse nicht jede Anwendung langfristig erfolgreich sein, sondern Lernerfahrungen sollten gezielt gesucht werden. Gleichzeitig sollten erprobte Formate wiederholt zur Anwendung kommen, damit sich die Teilnehmenden nicht immer wieder neu einarbeiten müssen.
- › Der Deutsche Bundestag sollte in den Aufbau und die kontinuierliche Pflege und Weiterentwicklung von Beteiligungsplattformen investieren. Je nach Prozess (z. B. Kommentierung von Gesetzentwürfen, Einholen von Vorschlägen, Diskussion zu politischen Themen) seien unterschiedliche technische Systeme sinnvoll.
- › Die Beteiligungsplattformen sollten sich durch eine klare Beschreibung der Ziele und Aufgaben auszeichnen. Dazu zählt insbesondere die Form der



II. Ergebnisse der Onlinebefragung

Teilhabe (z. B. Konsultation, Kommentierung von Berichten oder Gesetzesvorlagen oder sogar Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen).

- › Der Deutsche Bundestag sollte eigene Beteiligungsplattformen bzw. -instrumente so umsetzen, dass die Teilnehmenden ihre Position differenziert formulieren und nicht nur abstimmen können.
- › Ein weiteres Ziel sollte darin liegen, Konsenslinien zu identifizieren, um Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und eine breitere Basis für parlamentarische Ergebnisse zu erreichen. Vor diesem Hintergrund sollten Möglichkeiten geschaffen werden, Textvorlagen zu kommentieren bzw. in Textdokumenten die aus dem öffentlichen Diskussionsprozess hervorgegangenen Anregungen zu kennzeichnen.
- › Die Plattform sollte auch über mobile Endgeräte nutzbar sein. »Gängige Hardware« und »einfache Nutzung« sollten als Gestaltungsprinzipien im Blickpunkt stehen. IT-Sicherheit sollte hohe Aufmerksamkeit auch bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen zukommen. Dies hätten die »Hacker-Angriffe« auf das Datennetz des Deutschen Bundestages verdeutlicht.



Literatur

- TAB (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) (2017): Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit (Autoren: Oertel, B.; Kahlisch, C.; Albrecht, S.). TAB-Arbeitsbericht Nr. 173, Berlin
- Evers-Wölk, M.; Henseling, C.; Oertel, B.; Opielka, M. (2014): Dialogprozesse und Diskursanalysen. In: TAB-Brief 43, S. 10-13



Anhang

Abbildungen		1.
Abb. I.1	Überblick über die einzelnen Stakeholdergruppen im Stakeholder Panel TA	9
Abb. II.1	Zuordnung der Stakeholder	15
Abb. II.2	Alter der Teilnehmenden Freiwillige Angaben zu Ihrer Person – Alter in 2015	16
Abb. II.3	Geografische Verteilung der Teilnehmenden	17
Abb. III.1	Sind Ihnen die folgenden Informationsangebote des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de bekannt und haben Sie diese bereits genutzt?	18
Abb. III.2	Sind Sie an einer Nutzung der folgenden Informationsangebote des Deutschen Bundestages grundsätzlich interessiert?	19
Abb. III.3	Einige Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestages bieten Onlinebeteiligungsangebote an. Haben Sie die folgenden Angebote bereits genutzt?	20
Abb. III.4	Einige Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestages bieten Onlinebeteiligungsangebote an. Sind Sie an einer Nutzung grundsätzlich interessiert?	21
Abb. III.5	Stimmen Sie den folgenden Aussagen nicht zu, eher nicht zu, eher zu oder zu? Bitte bewerten Sie die Aussagen im Hinblick auf den Nutzen für die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Gremien.	23
Abb. III.6	Welche Motive veranlassen Sie, die Angebote des Deutschen Bundestages zur Online-Bürgerbeteiligung zu nutzen?	23
Abb. III.7	Stimmen Sie den folgenden Aussagen nicht zu, eher nicht zu, eher zu oder zu? Bitte bewerten Sie die Aussagen im Hinblick auf die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Gremien.	24



Abb. III.8	Häufig stoßen Onlinebeteiligungsangebote (nicht nur des Bundestages) auf geringes Interesse bzw. die Beteiligung bleibt deutlich hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück. Wie wichtig sind Ihrer Einschätzung nach dafür die folgenden Gründe?	26
Abb. III.9	Wie wichtig sind Ihrer Einschätzung nach die folgenden Anforderungen an Onlinebeteiligungsverfahren?	28

Fragebogen

»Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit« 2.

Online-Bürgerbeteiligung beim Deutschen Bundestag

1. Sind Ihnen die folgenden Informationsangebote des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de bekannt und haben Sie diese bereits genutzt bzw. sind Sie an einer Nutzung grundsätzlich interessiert?

Bitte beachten Sie, dass Sie pro Zeile zwei Optionen auswählen. Vor der Trennlinie zur Bekanntheit bzw. Nutzung und nach der Trennlinie zu Ihrem Interesse daran.

	nicht bekannt	bekannt, aber noch nicht genutzt	bekannt und bereits genutzt	für mich nicht interessant	für mich interessant
Webangebot des Deutschen Bundestages insgesamt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Informationsmaterial online bestellen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Recherche von Bundestagsdrucksachen und weiteren Dokumenten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
E-Mail-Nachricht oder Nachricht über ein Kontaktformular	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Newsletter oder RSS-Feed abonnieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
News-Service der Wissenschaftlichen Dienste	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Parlamentsfernsehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



2. Einige Ausschüsse und Gremien des Deutschen Bundestages bieten Onlinebeteiligungsangebote an. Haben Sie die folgenden Angebote bereits genutzt bzw. sind Sie an einer Nutzung grundsätzlich interessiert?

Bitte beachten Sie, dass Sie pro Zeile zwei Optionen auswählen. Vor der Trennlinie zur Bekanntheit bzw. Nutzung und nach der Trennlinie zu Ihrem Interesse daran.

	nicht bekannt	bekannt, aber noch nicht genutzt	bekannt und bereits genutzt	für mich nicht interessant	für mich interessant
sich über Petitionen informieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
eine Petition online einreichen (=E-Petition)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
über eine öffentliche E-Petition im Online-Forum mitdiskutieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
eine öffentliche E-Petition online mitzeichnen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich über einen Ausschuss oder ein Gremium informieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sich mit Vorschlägen, Diskussionsbeiträgen oder Kommentaren online beteiligen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
über Vorschläge online abstimmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



3. Stimmen Sie den folgenden Aussagen nicht zu, eher nicht zu, eher zu oder zu?

Bitte bewerten Sie die Aussagen im Hinblick auf den Nutzen für die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Gremien.

	Stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	weiß nicht
Mit Online-Bürgerbeteiligung kann das Meinungsspektrum der Bürgerinnen und Bürger stärker in die Prozesse zur parlamentarischen Entscheidungsfindung einfließen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mit Online-Bürgerbeteiligung kann der Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger besser in die Prozesse zur parlamentarischen Entscheidungsfindung einfließen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mit Online-Bürgerbeteiligung kommen auch Bürgerinnen und Bürger zu informierteren politischen Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Online-Bürgerbeteiligung fördert die Transparenz parlamentarischer Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Online-Bürgerbeteiligung fördert die Akzeptanz parlamentarischer Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Online-Bürgerbeteiligung fördert das Vertrauen in parlamentarische Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Online-Bürgerbeteiligung hilft dabei, der Politikverdrossenheit von Bürgerinnen und Bürgern entgegenzuwirken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



4. Aus welchen Motiven beteiligen Sie sich online, bzw. würden Sie sich online an der Arbeit des Deutschen Bundestages beteiligen?

	nein	ja	weiß nicht
Weil ich ein Thema für wichtig erachte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weil mich ein Thema direkt betrifft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weil ein Thema gerade in den Medien intensiv diskutiert wird.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Um meine Meinung einzubringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Um meine Sach- oder Fachkenntnisse einzubringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Um eine sich abzeichnende politische Entscheidung abzuwenden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Um eine sich abzeichnende politische Entscheidung zu fördern bzw. Nachdruck zu verleihen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weil ich politische Beteiligung insgesamt für wichtig erachte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Um Online-Bürgerbeteiligung beim Deutschen Bundestag zu stärken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

5. Stimmen Sie den folgenden Aussagen nicht zu, eher nicht zu, eher zu oder zu?

Bitte bewerten Sie die Aussagen im Hinblick auf den Nutzen für die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Gremien.

	Stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	weiß nicht
In einer repräsentativen Demokratie haben Onlinebeteiligungsverfahren keinen oder nur einen geringen Mehrwert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bislang sind Bürgerinnen und Bürger zu wenig im Internet aktiv, sodass mit Onlinebeteiligung kein hinreichend repräsentatives Meinungsbild erfasst werden kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Online-Bürgerbeteiligung sollte heute eine Selbstverständlichkeit im Rahmen der parlamentari-	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

	Stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme zu	weiß nicht
schen Arbeit sein.					
Der Deutsche Bundestag sollte bei der »Online-Bürgerbeteiligung« auf ein faires Mitspracherecht für Kinder und Jugendliche achten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Online-Bürgerbeteiligung dient zu häufig nur der nachträglichen Legitimation von parlamentarischen Entscheidungen und nicht dem Prozess der Entscheidungsfindung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In Verfahren der Online-Bürgerbeteiligung sind vorwiegend Expertinnen und Experten aktiv, die auch sonst in Kontakt mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern stehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Deutsche Bundestag sollte bei der »Online-Bürgerbeteiligung« eine Vorreiterrolle einnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Umsetzung von Onlinebeteiligungsverfahren beim Deutschen Bundestag

6. Häufig stoßen Onlinebeteiligungsangebote (nicht nur des Bundestages) auf geringes Interesse bzw. die Beteiligung bleibt deutlich hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück.

Wie wichtig sind Ihrer Einschätzung nach dafür die folgenden Gründe?

	nicht wichtig	eher nicht wichtig	eher wichtig	wichtig	weiß nicht
geringer Bekanntheitsgrad des Onlinebeteiligungsangebotes bei der Zielgruppe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



geringes Interesse der Zielgruppe am Thema des Beteiligungsverfahrens	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Zweifel, dass Erkenntnisse der »Online-Bürgerbeteiligung« im weiteren Prozess berücksichtigt werden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mangelhafte Hintergrundinformationen zum Beteiligungsthema	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
respektlose Diskussionsbeiträge (»Pöbeleien«)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
zu kompliziertes Verfahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
zu zeitaufwändiges Verfahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mangelhafte Nutzerfreundlichkeit der Online-Umsetzung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mangelndes Erfahrungswissen der Nutzerinnen und Nutzer mit Onlinebeteiligungsformaten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
geringe Erfahrung mit Online-Anwendungen im Allgemeinen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kein oder technisch unzureichender Zugang der Nutzerinnen und Nutzer zum Internet	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Wie wichtig sind Ihrer Einschätzung nach die folgenden Anforderungen an Onlinebeteiligungsverfahren?

	nicht wichtig	eher nicht wichtig	eher wichtig	wichtig	weiß nicht
allgemein verständliche Darstellung des genauen Ablaufs des Onlinebeteiligungsverfahrens	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
allgemein verständliche Darstellung der behandelten Themen und Fragestellungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klarheit, wie die Ergebnisse	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



des Beteiligungsverfahrens in die politische Entscheidungsfindung einfließen					
korrekte Umgangsformen zwischen allen Teilnehmenden (Netiquette)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Möglichkeit für teilnehmende Bürgerinnen und Bürger, anonym zu bleiben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Barrierefreiheit der Beteiligungsplattformen (u. a. Zugang für Menschen mit Sehbehinderung, über mobile Endgeräte)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre von Bürgerinnen und Bürgern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kennzeichnung der Beiträge von besonderen Gruppen, beispielsweise von Parlamentariern, Lobbyisten oder Medienvertretern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verknüpfung mit sozialen Medien wie Facebook oder Twitter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gewährleistung der Datensicherheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
zeitnahes Blockieren von sexistischen, rassistischen, extremistischen oder strafrechtlich relevanten Äußerungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Löschen der Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern nach einem gewissen Zeitraum (Stichwort: »Recht auf Vergessen«)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



8. Im Hinblick auf die Umsetzung von Onlinebeteiligungsverfahren beim Deutschen Bundestag werden derzeit u. a. folgende Alternativen diskutiert. Welche Variante bevorzugen Sie?

Im Folgenden werden Gegensatzpaare genannt. Bitte wählen Sie aus, welcher Alternative Sie zustimmen. Abstufungen sind entlang der Skala möglich.

								weiß nicht
Pflicht zum Klarnamen/ tatsächlichen Namen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Zulassen von Pseudonymen	<input type="radio"/>
Kennzeichnung der institutionellen Zugehörigkeit von Expertinnen und Experten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Verbergen der institutionellen Zugehörigkeit von Expertinnen und Experten	<input type="radio"/>
Abstimmungsverhalten von Einzelpersonen anzeigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Abstimmungsverhalten von Einzelpersonen verbergen	<input type="radio"/>
Prüfung von Beiträgen durch Moderation und anschließende Freischaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Freischaltung von Beiträgen ohne vorherige Prüfung durch Moderation	<input type="radio"/>
Anmelden über den eigenen Facebook Account erlauben («Facebook Connect»)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Anmelden über Facebook Connect untersagen	<input type="radio"/>

Mitwirken

9. Auf welchen politischen Ebenen beteiligen Sie sich online an der Arbeit von Parlamenten oder sonstiger gewählter Volksvertretungen bzw. könnten Sie sich eine Onlinebeteiligung vorstellen oder nicht vorstellen?

	beteilige ich mich online	kann ich mir eine Onlinebeteiligung vorstellen	kann ich mir eine Onlinebeteiligung NICHT vorstellen	weiß nicht
kommunale Ebene	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Länderebene	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bundesebene <input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
europäische Ebene	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



10. Möchten Sie uns auf politische Beteiligungsangebote hinweisen, die Ihnen gut gefallen haben?

Wir freuen uns über Ihre Hinweise	
Titel oder Kurzbeschreibung:	-----
Link, falls zur Hand:	-----
Warum hat Ihnen das Angebot gefallen?	-----

11. Haben Sie an einem der folgenden Beteiligungsverfahren des Deutschen Bundestages in den letzten drei Jahren mitgewirkt?

	nein	ja	weiß nicht
öffentliche Petition mit Bitte um Veröffentlichung im Internet (mit Möglichkeiten zur Diskussion und Mitzeichnung)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
enquetebeteiligung.de (2011 bis 2013), Beteiligungsplattform der »Internet-Enquete« (Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Deutschen Bundestags)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Onlinebeteiligungstool (seit 2014) des Ausschusses Digitale Agenda	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diskussionsforum der Endlagerkommission (seit 2014) (Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, »Bürgerforum«)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitmischen.de - Das Jugendportal des Deutschen Bundestages	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

12. Welchen Eindruck haben Sie von diesen Beteiligungsverfahren gewonnen?

----- -

13. In welchem Maße sind Sie Ihrer Einschätzung nach politisch interessiert und aktiv?

	gering	eher gering	eher hoch	eher hoch	weiß nicht
politisch interessiert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
politisch aktiv	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



14. In welchem Maße sind Sie Ihrer Einschätzung nach an Internet und weiteren digitalen Medien interessiert und dort aktiv?

	gering	eher gering	eher hoch	eher hoch	weiß nicht
an Internet und/oder weiteren digitalen Medien interessiert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
im Internet und/oder in weiteren digitalen Medien aktiv	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



**BÜRO FÜR TECHNIKFOLGEN-ABSCHÄTZUNG
BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

KARLSRUHER INSTITUT FÜR TECHNOLOGIE (KIT)

Neue Schönhauser Straße 10
10178 Berlin

Tel. +49 30 28491-0
Fax +49 30 28491-119

buero@tab-beim-bundestag.de
www.tab-beim-bundestag.de